

wie ihre Nachbarn, tun genau so wenig dafür wie jene und machen den Eindruck, als lebten sie nach dem Motto: „Abwarten und Tee trinken“.

Was ergibt sich also am Ende für ein Bild? Handelt es sich nicht im tiefsten Grund um das Problem, das die nachdenklichen Katholiken in ganz Westeuropa immer wieder erörtern? Kann die abendländische, ehemals christliche Welt durch einen „geschlossenen Einsatz“ der christlichen Kräfte, ihres philosophischen, religiösen und sozialen Potentials noch vom Untergang gerettet werden, wie diejenigen meinen, die der Organisation im katholischen Raum das Wort reden, eine christliche „Front“ aufbauen und ihre „Divisionen“ strategisch einsetzen wollen; oder ist die Substanz Europas und des Abendlandes, einschließlich der Substanz des Katholizismus (womit das corpus der Gläubigen, nicht die Kirche gemeint ist) bereits soweit dahingeschwunden, daß eine neue Heidenmission beginnen muß, wobei dann zuerst einmal das uralte Missionsproblem der Akkomodation auftaucht? Daß die französischen Avantgardisten für sich die zweite Alternative gewählt haben, nimmt bei dem Stand der Dinge in Frankreich, dem „pays de mission“, nicht wunder. Ob im übrigen Westeuropa aber die Katholiken in genügend großer Zahl und vor allem mit genügend großem Elan und Opfergeist dem Aufruf zur Einigkeit im konkreten Sinne katholischer sozialer Tat Folge leisten werden, dies ist die Schicksalsfrage der gegenwärtigen Struktur des mitteleuropäischen und des italienischen Katholizismus.

Die religiöse Freiheit in Spanien

Wieder einmal haben verschiedene Ereignisse in Spanien und einige Äußerungen über Spanien Verwirrung angerichtet und der übelwollenden Kritik an der Kirche Vorwände geliefert.

Es handelt sich um folgende Ereignisse: Mitte Februar hat der Präsident der Vereinigten Staaten auf einer Pressekonferenz geäußert, daß er für die gegenwärtige Regierung Spaniens keine Sympathien empfinde. Diese zu dieser Zeit und aus diesem Munde befremdliche Äußerung wurde vom soeben zurückgetretenen Botschafter der Staaten in Madrid, Stanton Griffis, erläutert. Er glaube, sagte Griffis, die Äußerung Trumans habe ihre Ursache „ohne Zweifel darin, daß die spanische Regierung die Erfüllung ihrer Versprechungen hinsichtlich der religiösen Freiheit in Spanien in unerträglicher Weise hinauszögert“. Die katholische Wochenschrift „The Tablet“ (22. 3. 1952) vermutet, daß die Bemerkung des Präsidenten noch einen konkreten Anlaß hat. Truman ist Baptist. Er dürfte davon Kenntnis gehabt haben, daß der spanische Innenminister die Eröffnungsfeierlichkeit einer von den kanadischen Baptisten gestifteten Kapelle in Madrid unmittelbar zuvor verboten hatte, weil der Pastor dieser Kirche die Feier durch Flugblätter ankündigte und dadurch gegen das Gesetz verstieß, das allen nicht-katholischen Gemeinschaften ein absolutes Propagandaverbot auferlegt. Die Eröffnungsfeierlichkeit wurde tatsächlich verhindert. Die Polizei gestattete nur den Eintritt zu privatem Gebet, und dem Pastor wird außerdem der Prozeß gemacht.

Der Zwischenfall in Sevilla

Wenige Tage später hat Kardinal Segura y Saenz, der Erzbischof von Sevilla, einen Hirtenbrief über den Wert

des Glaubens und seine Gefährdung durch die Häresie erlassen, der einige Sätze enthält, die von Andersgläubigen als beleidigend empfunden werden können. Unglücklicherweise ereignete sich am 3. März in derselben Stadt Sevilla ein beschämender Zwischenfall. Eine Gruppe von Jugendlichen drang in eine evangelische Kapelle ein, während dort eine Gesangsprobe (wenn nicht sogar ein Gottesdienst) stattfand, brüllte: „Nieder mit den Protestanten!“, steckte mit Benzin Bibeln und Gesangbücher in Brand und wurde gegenüber dem abwehrenden Geistlichen tätlich. Unsere englischen Kollegen vom „Tablet“ berichten, dieser Zwischenfall sei dem Hirtenbrief des Kardinals vorausgegangen. Das uns vorliegende Exemplar des Hirtenbriefes trägt aber das Datum des 20. Februar. Der Hirtenbrief ist also entweder vor oder unmittelbar nach dem Attentat von den Kanzeln der Stadt verlesen worden.

Schikanen gegen Andersgläubige

Die katholische Presse zeigt die Tendenz, antiprotestantische Ausschreitungen zu bagatellisieren. „The Tablet“ zum Beispiel schreibt, die Liste solcher Gewaltakte sei „nicht sehr lang“, was natürlich richtig ist; dann wieder werden „Übergriffe untergeordneter Behörden“ zur Entschuldigung angeführt oder „rechtsradikale Elemente“ verantwortlich gemacht. Tatsache ist, daß es in Spanien nicht nur Gewaltakte gibt, sondern daß zum Beispiel das neue Gebäude der evangelischen Kapelle in Jaca in den Pyrenäen seit 1948 infolge behördlicher Maßnahmen oder vielmehr einfach wegen Nichtbeantwortung der entsprechenden Eingaben nicht benutzt werden kann; daß die Kapelle in Bajadoz geschlossen und das Mobiliar auf die Straße gesetzt wurde, daß die Einfuhr andersgläubigen Schrifttums verhindert wird, daß zwei evangelische Studenten aus der Universitätsmiliz ausgeschlossen und damit gewisser Vorrechte beraubt wurden, um nur einige Fälle zu nennen.

Gewiß gibt es für dies alles Erklärungen und Entschuldigungen. Was die zensurierten Schriften angeht, kann der Kardinal in seinem Hirtenbrief auf ein Pamphlet hinweisen, in dem die Mutter Gottes als Hure bezeichnet wird. Ferner darf nicht übersehen werden, daß unter 28 Millionen Spaniern nur 20 000 Nicht-Katholiken evangelischen Bekenntnisses sind, von denen ungefähr die Hälfte nicht die spanische Staatsbürgerschaft hat. Ihnen stehen 162 Gottesdiensträume, ein Seminar und ein Verlag zur Verfügung. Es handelt sich auch nicht um eine systematische Unterdrückung. Während in Madrid der Eröffnungsgottesdienst der baptistischen Kapelle verboten wurde, konnte wenige Kilometer weiter eine andere ohne jede Schwierigkeit ihrer Bestimmung übergeben werden. Sicherlich ist es auch wahr, daß die Propaganda nicht-katholischer Religionsgemeinschaften hauptsächlich von militanten amerikanischen Sekten betrieben wird, deren Taktlosigkeiten wir ja auch anderswo in Europa erleben. Und die Spanier haben angesichts ihrer Kultur und Tradition gewiß ein Recht, sich dagegen zu wehren, daß man sie in der Art zum Missionsland macht, als wären sie Zulukaffern. Wir verstehen, daß die Zeitung „Ya“ dazu schreibt: wenn es den Missionaren wirklich um Mission zu tun ist, mögen sie doch zunächst einmal unter den Heiden in Asien und Afrika oder unter den 70 Millionen atheistischer Amerikaner arbeiten, ehe sie nach Spanien kommen.

Aber alle diese und manche anderen Gründe für die Haltung der Spanier können uns nicht davon überzeugen, daß die Unduldsamkeit unserer spanischen Glaubensgenossen richtig ist. Zunächst scheint es uns nicht angebracht, die Verantwortung für Übergriffe immer auf irgendwelche „radikalen Elemente“ oder „untergeordneten Behörden“ abzuwälzen. Um so peinlicher ist uns dies, wenn man, wie es gern, zum Beispiel auch wieder im „Tablet“, geschieht, im gleichen Atemzug noch auf Jugoslawien hinweist, dessen religiöse Intoleranz von den politischen Kreisen des Westens so großzügig ignoriert wird und die Gänse des Kapitols bisher noch nicht zu nachdrücklichen Warnungsrufen veranlaßt hat. Wenn wir der Ansicht sind, die die katholische Presse unter Führung des „Osservatore Romano“ mit Recht vertritt, daß der Tito-Kommunismus nur eine andere, aber keineswegs bessere Spielart des Kreml-Kommunismus ist, soweit es sich um Religion handelt, dann können wir eigentlich doch die Spanier höchstens beleidigen, wenn wir sie hinter dem breiten Rücken der Prätorianer Titos zu verstecken suchen. Spanien ist ein Rechts- und Kulturstaat. Die Regierung eines solchen Staates hat Mittel und Wege zu finden, daß ihre untergeordneten Behörden sich keine Schikanen erlauben, und erst recht, daß unter keinem noch so edlen Vorwand organisierte Gewaltakte geschehen. In einer großen Stadt wie Sevilla sollte die Polizei in der Lage sein, am helllichten Tage gottesdienstliche Räume vor Rowdys zu schützen.

Die gesetzliche Diskriminierung der Protestanten

„The Tablet“ teilt in dem oben genannten Bericht mit, daß viele spanische Bischöfe die gesetzliche Diskriminierung der Andersgläubigen nicht billigen. Ein Bischof äußerte, er wünsche nur, daß die Lebensweise seiner eigenen Herde immer so einwandfrei wäre wie die der meisten ihrer protestantischen Nachbarn.

Die Tatsache der Diskriminierung bleibt trotzdem bestehen. Wenn auch, was man hoffen darf, in Zukunft Gewalttaten verhindert und willkürliche Anwendungen der Gesetze unterbunden werden, bleibt doch das Gesetz selbst, das den nicht-katholischen Gemeinschaften die Öffentlichkeitsrechte verwehrt und die Verbreitung ihrer Überzeugungen verbietet, ein Stein des Anstoßes für jeden Nichtkatholiken.

Die politischen Beweggründe

Das spanische Außenministerium hat zu der Äußerung des amerikanischen Präsidenten Stellung genommen. Es weist darauf hin, daß die Andersgläubigen ungehindert ihren Glauben ausüben können. Doch könne die Regierung keine auswärtige Propaganda und keinen Druck hinnehmen, die darauf hinzielen, die katholische Einheit des Landes zu brechen, die „das kostbarste Vermächtnis unserer Ahnen ist“. Die Versprechungen Spaniens, auf die der Präsident Bezug nahm, sind bisher auch von amerikanischer Seite noch nie spezifiziert worden. Die Erklärung des spanischen Außenministeriums sagt, daß Spanien die Äußerungen Trumans als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten betrachten müsse. „Wenn jemand die Hoffnung nährt, unter Hinweis auf die freundschaftlichen Beziehungen zu den Regierungen anderer Mächte in unserm Lande religiöse Uneinigkeit zu fördern, ist er einem großen Mißverständnis erlegen.“

Für die politischen Kreise Spaniens ist also die Wahrung der nationalen Einheit in der Religion, die enge Harmonie zwischen Staat und Kirche, die politische Tradition der Hauptbeweggrund für die Beibehaltung der gegenwärtigen Gesetzgebung. Seitens der Kirche hat der Kardinal von Sevilla in seinem Hirtenbrief ganz ausführlich dargelegt, warum sie nichts daran zu ändern wünscht.

In seinem ersten Teil handelt dieser Hirtenbrief von der grundlegenden Bedeutung des Glaubens für den Lebensweg und das Endziel des Menschen gemäß der Lehre Christi und des Apostels Paulus. Die Irrlehren und Spaltungen liegen nicht im Sinne des Herrn, sondern seines Widersachers. Im zweiten Teil heißt es dann wörtlich:

„Seit kurzem hat im Zusammenhang mit dem Tode des Königs von England, der bekanntlich das Oberhaupt des Protestantismus in seinem Volke ist, und in Verbindung mit den Kundgebungen der Trauer und weltweiten Teilnahme ein Feldzug des Wohlwollens gegen den Protestantismus begonnen, als wären alle Religionen Gott in gleicher Weise angenehm.“

Mehr noch, gleichzeitig mit diesen jüngsten Ereignissen hat der protestantische Feldzug in Spanien eine außerordentlich ernste Intensität angenommen.“

Der Kardinal zitiert dann die Äußerungen von Truman und Griffis und sagt: „Das erklärt vollkommen die Mehrung der Freiheit für den protestantischen Proselytismus in unserem Lande. Er findet die Dämme der Toleranz durchbrochen und zögert nicht, ungehindert auf die religiöse Freiheit in unserm Lande voranzuschreiten.“ Aus authentischen Veröffentlichungen der Regierung wird nachgewiesen, daß diese seit 1945, über die Verfassung hinaus, in zunehmendem Maße protestantische Propaganda geduldet hat. „Die Katholiken befürchten, daß unter politischen Vorwänden Zugeständnisse gemacht werden könnten, die der Religion ernstlich schaden.“

Der Hirtenbrief zitiert nun eine längere Stelle aus einer nicht genannten „vertrauenswürdigen“ Zeitschrift des Inhaltes, daß die religiöse Freiheit kein intangibler Wert ist, daß das irrende Gewissen im Falle des Konfliktes mit dem richtigen oder dem Gemeinwohl keinen Anspruch auf Schutz hat und daß die Staatsgewalt die wahre Religion zu fördern verpflichtet ist.

„Aus diesen Gründen . . . kann Spanien in keiner Weise den Protestanten die gleichen Rechte gewähren wie den Katholiken, soweit es sich um die öffentliche Ausübung und das öffentliche Bekenntnis ihrer Überzeugungen handelt.“

„Das mag uns daran hindern, Anleihen zu bekommen. Wir empfinden aufs tiefste ihre Notwendigkeit. Die Leiden unseres Volkes gehen uns sehr zu Herzen. Trotzdem: die Treue zum katholischen Gewissen ist von viel, viel größerem Wert als der Strom des nordamerikanischen Goldes. Es ist nicht vornehm, von einem Armen als Preis für ein Stück Brot die Verletzung des göttlichen Gesetzes zu verlangen. Da es Katholiken gibt, die die gleiche religiöse Freiheit für jedermann als göttliches Ideal verkünden, sind wir nicht sehr überrascht, daß nun auch Protestanten aus dem gleichen Irrtum heraus von den Spaniern die Herstellung einer derartigen Freiheit fordern, bevor sie ihre Gunst gewähren. Sie wissen nicht, daß dies mit unserm Gewissen nicht verein-

bar ist, da wir die Gewißheit besitzen, daß in der religiösen Situation Spaniens darin ein Verstoß gegen das Gesetz Gottes liegen würde. Wir bitten Gott, daß beide, die einen und die anderen, sich von dieser undiskutierbaren Wahrheit oder wenigstens davon überzeugen mögen, daß wir sie für eine solche halten.“

Der Kardinal schließt mit einem längeren Zitat von Jakob Balme, worin dieser den Spaniern ehrwürdige nationale Schriftsteller des vorigen Jahrhunderts über die Möglichkeit eines Eindringens des Protestantismus in Spanien und dessen Auswirkungen sich formal zwar gemäßigter, inhaltlich jedoch etwa so äußert, wie Luther über das Papsttum dachte.

Dies also ist der Standpunkt der christlichen Oberhirten, soweit sie die gegenwärtige Gesetzgebung billigen. Es ist ihre Überzeugung, daß der Kirche von einer uneingeschränkten Propaganda des Protestantismus Gefahr droht, oder wenn nicht der Kirche, so doch dem glaubensschwachen und schlecht unterrichteten Teil ihrer Herde. Sie halten es deshalb für ihre Hirtenpflicht, die angebotene Hilfe des Staates zur Abwehr dieser Gefahr in Anspruch nehmen zu müssen. Der Kardinal betont ausdrücklich, daß diese Pflicht aus „der religiösen Situation Spaniens“ erwächst, in der es sich nicht um ein vom Streben nach der „Una Sancta“ geleitetes, schmerzlich empfundenes Nebeneinanderleben und Zueinanderfindenwollen getrennter Brüder handelt, sondern um Auseinandersetzungen, die etwas vom Geist und den Formen des Reformationszeitalters an sich haben.

Wir Katholiken diesseits der Pyrenäen beklagen beides: sowohl die kämpferische Art und die im ganzen doch wohl wenig rücksichtsvolle Sprache, deren sich die Missionen der amerikanischen Freikirchen in diesem katholischen Lande bedienen, und ebenso, daß unsere Kirche in Spanien in ihrer Abwehr zu Mitteln greift, die der Mensch des zwanzigsten Jahrhunderts nun einmal nicht mehr erträgt und von denen man sich deshalb auf die Dauer wenig Erfolg versprechen muß.

Papstbriefe an die Gläubigen in China und Rumänien

Viermal in den letzten sieben Monaten hat der Heilige Vater Apostolische Schreiben an die Gläubigen einzelner Länder des Ostens gerichtet, um ihre Glaubenstreue anzuerkennen und sie zum geduldigen Ausharren in der Verfolgung zu ermutigen. Am 1. September 1951 wandte er sich an die polnischen Katholiken (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg. S. 57); am darauf folgenden Christkönigsfeste an die tschechischen Glaubensbrüder (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg. S. 104); am 18. Januar 1952, dem Feste der Cathedra Romana des hl. Petrus, an die Gläubigen in China; endlich am 27. März d. J. an das katholische Volk in Rumänien.

Die Lage in China

Einer der besten Kenner der Mission in China, der Generaloberer der Maryknoller Missionsgesellschaft, Bischof Raimund Lane, sagte vor einiger Zeit: „Was das weitere Wachstum betrifft, ist die Kirche Chinas am Ende. Wenn sie durchhält, ist das das Höchste, was man erwarten

kann.“ Die größte Gefahr drohe der chinesischen Kirche durch die Ausweisung der ausländischen Missionskräfte, die immer schneller vor sich geht. Ende 1951 waren nach Meldung des römischen „Fides-Dienstes“ noch ungefähr 2200 ausländische Missionare im Lande; Ende März 1952 sind es nur mehr 1650, und zwar 1121 Priester, 438 Schwestern, 66 Laienbrüder und 25 Scholastiker. Seit 1948 wurden im ganzen 3730 Ausgewiesene gezählt, im Jahre 1951 allein 1238. Nun geht die Verantwortung ganz und gar auf den einheimischen Klerus über, der auf ungefähr 2500 Priester geschätzt wird. Ihnen stehen allerdings mehrere tausend Schwestern und Hilfskräfte aus dem Laienstand zur Seite.

Von den ausländischen Missionaren, die augenblicklich noch in China weilen, sind nach römischen Schätzungen 75 Prozent entweder im Gefängnis oder im Hausarrest; so gut wie keiner genießt die notwendigste Freiheit für die Ausübung seines Amtes.

Kirchentreue des chinesischen Klerus

Die Kirchentreue der chinesischen Geistlichen ist im Westen zu Unrecht in ein ungünstiges Licht geraten, weil man vereinzelt Fällen von Schwäche eine zu große Bedeutung beigemessen hat. Zum Teil waren diese „Fälle“ übertrieben dargestellt, zum Teil überhaupt erfunden. Manche sind nachträglich wiedergutmacht, andere heroisch gesühnt worden. Es ist jedenfalls abwegig, sie zu verallgemeinern.

Der amtliche „Fides-Dienst“ widersprach in seiner Ausgabe vom 8. März Nr. 1183 einem Aufsatz über die „Hintergründe der Papstworte“ vom 18. Januar, der in der katholischen Luzerner Zeitung „Vaterland“ und auszugsweise im Kirchenblatt der Erzdiözese Köln erschienen war und den Verdacht nahelegte, daß ein nennenswerter Teil des chinesischen Klerus und selbst des hohen Klerus zu schweren Bedenken Anlaß gebe. Es handelt sich hauptsächlich um die Einstellung der Priester gegenüber der seit einem Jahr propagierten „Fortschrittlichen Kirche“. Zu dieser Sache teilt „Fides“ (8. 3. 1952) die folgende Berichtigung mit, die auf einer genauen Umfrage in allen Teilen Chinas beruht:

„1. Für eine Fortschrittliche Kirche verschwommener Art, die darin besteht, daß man Zeit zu gewinnen sucht, um sich unter den obwaltenden äußerst schwierigen Verhältnissen aus der Verlegenheit zu ziehen, sind anscheinend eine gewisse Zahl von Priestern und Ordensfrauen und etwa 2000 katholische Laien gewonnen worden. Für letztere ist noch zu bemerken, daß sie in ihrer Gesamtheit gezwungen wurden, Mitglieder der hie und da aufgestellten sog. ‚Kirchlichen Reformkomitees‘ zu werden, und nicht freiwillig zugestimmt haben.

2. Für eine ‚Fortschrittliche Kirche‘ in striktem Sinne, d. h. eine solche, die klar die Trennung von Rom bedeutet, sind eine gewisse Zahl von Laien, aber keine Priester und keine Ordensfrauen. Vergessen wir hier nicht, daß gerade deshalb, weil sie jede Fühlungnahme mit der Fortschrittlichen Kirche zurückgewiesen haben, etwa 250 Priester und Ordensfrauen und eine große Zahl von Katholiken eingekerkert sind und daß andere dafür bereits ihr Leben geopfert haben.

3. Alle Bemühungen, chinesische Bischöfe oder Priester zu gewinnen, die Oberhaupt einer unabhängigen chinesischen Nationalkirche werden sollen, sind vollständig gescheitert.